

KLUB REPORT

Österreichische Post AG · SP 05Z036406 S · 1010 Wien
Impressum: Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ), Landesgruppe Wien, Rathausplatz 8, 1010 Wien,
Erscheinungsort: Wien, Verlagspostamt: 1010 Wien, Verlags- und Herstellungsort: Wien | Österreichische Post AG/SP 05Z036406 S

AUSGABE 05/2024



Sozialhilfe-Skandal ist SPÖ-Skandal

Viele Wienerinnen und Wiener sind fassungslos, verständnislos, enttäuscht und wütend, wenn sie lesen müssen, dass eine syrische Asylantenfamilie etwa 5.000 Euro netto im Monat an Sozialleistungen kassiert, während ihnen immer weniger Geld zum Leben bleibt. Schuld daran ist das System SPÖ in der Bundeshauptstadt.

Wie fühlen sich wohl hart arbeitende Familien, die weit weniger verdienen, aber den Luxus der Wiener Asylantenfamilien mit ihren Steuern finanzieren müssen? Oder die Alleinerzieherin, die vielleicht als Friseurin 40 Stunden arbeitet und dann noch zwei Kinder über die Runde bringen muss? Fragen, auf die weder Bürgermeister Ludwig noch der zu-

ständige Stadtrat Hacker Antworten geben. Der Fall einer syrischen Familie, die knapp 5.000 Euro Sozialhilfe kassierte, hat in ganz Österreich hohe Wellen geschlagen. Mittlerweile weiß man: Diese Familie dürfte kein Einzelfall sein! Erschreckenderweise ist es mit den kolportierten 4.600 Euro im Monat jedoch nicht getan. Familienbeihilfe, 800 Euro Klimabonus, Schul-

startgeld, Rezeptgebührenbefreiung, Halbp reis bei den Wiener Linien, die ORF-Gebührenbefreiung, etc. kommen noch oben drauf und müssen dazugerechnet werden. Damit erhält besagte Familie über 6.000 Euro netto im Monat!

Fakt ist: Nirgendwo auf der Welt werden solche Beträge an Asylanten ausbezahlt.

Bleib auch Digital stets informiert

 [instagram.com/fpoe_wien](https://www.instagram.com/fpoe_wien)

 [facebook.com/fpoevien](https://www.facebook.com/fpoevien)

 www.fpoe-wien.at



Zahlen des Monats SOZIALHILFEBEZIEHENDE 2023

256.800 Personen bezogen zumindest **einmal Leistungen** aus der Sozialhilfe. In **Wien** ist das ein **Plus von 6%**. In den Bundesländern ein Minus von 2%. **70% DER SOZIALHILFEBEZIEHER LEBTEN 2023 IN WIEN.** Davon sind **44% Asyl-** und subsidiärer **Schutzberechtigte.**



StR Dominik Nepp
FPÖ Landesparteiobmann

BÜRGERMEISTER LUDWIG MUSS STADTRAT HACKER SOFORT ENTLASSEN

Es macht einen fassungs- und sprachlos, wen man liest, wie ein amtsführender Wiener Stadtrat die eigene Bevölkerung beschimpft. So mokierte sich Hacker in einem Interview über die Österreicher, die ‚ihren Hintern nicht hochbekommen‘, behauptet völlig falsch, dass viele Länder so viel Sozialhilfe an Asylanten auszahlen wie Wien, negiert den Pull-Faktor der Wiener Asylanten-Mindestsicherung, bagatellisiert die täglichen Messerattacken und findet die Ausgaben von einer Milliarde Euro für die Mindestsicherung super. Eigentlich ist es unfassbar, dass so ein unfähiger und präpotenter Kerl noch immer in Teil unserer Stadt- und Landesregierung sein kann. Für mich steht fest, dass Hacker mittels Misstrauensantrags von seinem Amt enthoben werden muss. Wir werden diesen Antrag stellen, spannend bleibt die Frage, ob die Mahrer-ÖVP mitzieht und ihren Worten auch endlich einmal Taten folgen lassen wird.

Bürgermeister Ludwig hingegen wirft Asylsuchenden und sogenannten Flüchtlingen immer weiter das Geld nach und macht Wien damit zum Eldorado für diese Menschen.

Der Wiener FPÖ-Chef Stadtrat Dominik Nepp betont im Zuge der Diskussion um viel zu hohe Mindestsicherungszahlungen, dass es sich um keine Neiddebatte handelt: „Es ist eine Debatte um Fairness und Gerechtigkeit. Eine Debatte über jene die etwas leisten wollen und über jene die nichts leisten wollen. Ich verstehe die Wut und den Zorn der arbeitenden Bevölkerung.“

Der Sozialstaat muss dafür da sein, um jenen Menschen zu helfen, die in eine Notsituation geraten sind und nicht – wie es Bürgermeister Ludwig handhabt – an leistungsunwillige Migranten ausbezahlt wird.

Die Wienerinnen und Wiener zahlen Steuern, um die Infrastruktur, das Gesundheitssystem und das Bildungssystem zu finanzieren, adäquate Gegenleistungen dafür sucht man in der Bundeshauptstadt mittlerweile leider vergeblich!

Die Wiener FPÖ wird auf Grund dieser Ungeheuerlichkeiten einerseits Misstrauensanträge gegen Bürgermeister Ludwig und Stadtrat Hacker einbringen, gleichzeitig auch Stadtrat Hacker bei der Staatsanwaltschaft anzeigen, da dieser das Sozialhilfegrundsatzgesetz bis heute nicht umgesetzt hat.





Toni Mahdalik
Landtagsabgeordneter

U2/U5-Ausbau ist der nächste Wiener Bauskandal

Was immer in dieser Stadt gebaut wird, es endet stets im völligen Chaos für die Wiener Bevölkerung. Konkret geht es um den Bau des U2/U5-Kreuzes, der sich – wie unlängst bekannt wurde – nicht nur massiv verteuern, sondern sich um gleich zwei Jahre verzögern wird. So haben die Wiener Linien verlauten lassen, dass es zu Mehrkosten von 300 Millionen Euro geben wird. Offenbar hat man zwischen 2020 und heute nie rotierende Kostenschätzungen veranlasst, wie es jeder seriöse Bauträger bei einem Projekt in dieser Größe macht. Damit ist das U2/U5-Kreuz der nächste hausgemachte Wiener Bauskandal ist, den Bürgermeister Ludwig zu verantworten hat.

SPÖ und ÖVP haben in Sachen Integration versagt!

ASYLANTRÄGE 2023:	
Syrer	21.409
Afghanen	8.567
Türken	7.769
DIE MEISTEN ASYLGEWÄHRUNGEN:	
Syrer	13.100
Afghanen	1.700
Somalier	600

Der aktuelle Integrationsbericht zeigt das Versagen sowohl von der Ludwig-SPÖ in Wien als auch von der Nehammer-ÖVP auf Bundesebene schonungslos auf. So verzeichnete Österreich im Jahr 2023 nach Deutschland (49.025), Frankreich (40.940) und Griechenland (25.015) die viertmeisten Asylgewährungen in absoluten Zahlen in der gesamten EU. Rund 17.300 Personen wurde hierzulande Asyl gewährt – um 26 Prozent mehr als

im Jahr 2022, da waren es 13.800. Auch die Integrationspolitik in Wien ist völlig gescheitert, da sich das Gros der sogenannten Flüchtlinge in Wien niederlässt.

Grund dafür sind die großzügigen Geldgeschenke von Bürgermeister Ludwig. Die Folgen dieser Katastrophenpolitik der linken Einheitsparteien werden wir in den nächsten Jahren noch heftiger zu spüren bekommen!

EFFIZIENTE ARBEIT FÜR WIEN

Statt sündteurer parteipolitischer Stadtkommunikation brauchen wir eine effiziente Kommunikationsarbeit für Wien.

Das bei der Wiener Stadtregerung das Geld besonders locker sitzt, wenn es darum geht sein eigenes Versagen zu vertuschen und großflächig Werbung mit Schönwetter-Themen zu schalten hat nun auch der Rechnungshof in einem vernichtenden Bericht aufgezeigt. So haben wir nun schwarz auf weiß bestätigt bekommen, dass es bei Medieneinschaltungen, Agentur- und Kampagnenleistungen der Stadt Wien keinerlei Transparenz gibt.

Damit belegt der Bericht, was wir schon seit Jahren vermuten: Die Stadtkommunikation wird sowohl auf Landes- als auch auf Bezirksebene als eine reine Propagandaabteilung für die Ludwig-SPÖ missbraucht.

Wir fordern endlich Objektivität, Transparenz und Kostenreduktion – ein Versprechen, dass der Koalitionspartner NEOS zwar gegeben aber schneller als sonst etwas gebrochen hat.

Maximilian Krauss

FPÖ Klubobmann



Horrende Nachzahlungen für Genossenschaftsmieter

Unzählige Genossenschaftsmieter in Wien ist in den vergangenen Wochen eine Betriebskostennachzahlung von mehreren tausend Euro ins Haus geflattert. Während sich die Genossenschaften und die Wiener Energie die Schuld gegenseitig in die Schuhe schieben, scheint sich Wohnbaustadträtin Gaal für diese Sauerei nicht weiter zu interessieren. Längst hätte sie sich schützend vor die Mieter

stellen und diese gegen diesen Betriebskostenwucher verteidigen müssen. Stattdessen schaut Gaal



tatenlos dabei zu, wie SPÖ-nahe Günstlinge vor allem von GESIBA und BWSG in den Wohnbaugenossenschaften die Mieter schamlos zahlen lassen.

Den Wiener Freiheitlichen liegen solche Rechnungen vor, die diese Sauerei dokumentieren. Die Wiener FPÖ fordert volle Transparenz und Aufklärung, wie es dazu kommen konnte.



Der radikale Islam hat in Wien längst Fuß gefasst



Die Terror-Pläne rund um das abgesagte Taylor-Swift-Konzert hat weltweit hohe Wellen geschlagen. So ist es mittlerweile möglich, in den gefährlichsten Städten der Welt, wie etwa Mexico City, solche Großveranstaltungen statt-

finden lassen zu können, in Wien aber nicht. Wien hat sich seit 2015 sichtlich verändert, wer dafür verantwortlich ist, steht nun außer Zweifel. Dass sich der radikale Islam bei uns so verbreiten konnte, ist eindeutig Schuld der Willkommensklatzer, zu denen auch Bürgermeister Ludwig sowie einige ÖVP-Vertreter zu zählen sind.

Sie wollten uns damals weismachen, es würden nur Kinder und Frauen zu uns kommen. Doch die Realität war eine andere, es sind Kriminelle und radikale Islamisten begrüßt worden, die nun hier für Ge-

walt, Angst und auch Terror sorgen. Wien ist der Kopf des radikalen Islam in Europa geworden, wie Experten seit Jahren warnen. Viel zu lange schon werden islamistische Vereine immer noch gefördert, ohne dass man genau weiß, was da vor sich geht. Diesbezüglich ist auch die Wiener Stadtregierung und Bürgermeister Ludwig in die Pflicht zu nehmen, denn jede Form der Subvention muss umgehend eingestellt werden!

